

Haushalt 2007

Schwarz/Grün verfehlt die soziale Balance

Zum ersten Mal nach der Wahl von Bürgermeister Seel verantworten CDU und Grüne alleine den Haushalt der Stadt Schwalbach. In den vergangenen vier Jahren, also von 2003 – 2006, zeichnete die SPD-/FDP- und UL-Koalition verantwortlich, wenn auch unter Federführung des für die Finanzen zuständigen Bürgermeisters. Im Folgenden die leicht gekürzte Rede des Fraktionsvorsitzenden der Unabhängigen Liste, Günter Pabst, zum Haushaltsplan 2007 in der Stadtverordnetenversammlung am 14.12.2006.

Schwalbach hat ein Einnahmeproblem

„Die vergangenen Jahre waren besonders geprägt durch gravierende Einnahmerückgänge bei der Gewerbesteuer und der Einkommensteuer. Dies hatte einen strengen Sparkurs zur Folge, verbunden mit dem nicht leicht gefallenen Verzicht auf notwendige Investitionen und auch verbunden mit Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen, ohne dass es aber zu Substanzverlusten kam. Dieser Sparkurs, den SPD, FDP und UL verfolgen mussten, wurde zwar vom Bürgermeister und der CDU unterstützt, aber verbunden mit der Klage, durch die rigide Handhabung der Steuerung durch Sperrvermerke, werde die Handlungsfähigkeit des Bürgermeisters eingeschränkt. (.....)

In meiner Rede zum Haushaltsplan 2006 habe ich darauf aufmerksam gemacht, dass Schwalbach kein Ausgaben- sondern ein Einnahmeproblem hat. Bei der jetzigen Koalition ist diese Einsicht allerdings noch nicht angekommen. Ich habe aber mit Genugtuung zugehört, als sie sich, Herr Seel, in ihrer Rede zum Haushalt 2007 darauf bezogen haben. Ich begrüße auch, dass sie alles unternehmen wollen, um die Einnahmesituation zu verbessern.

Gewerbesteuersenkung: Eine Maßnahme mit vielen Fragezeichen

Ob allerdings der Weg der Reduzierung der Gewerbesteuersenkung (von 375 auf 350 Prozentpunkte) der richtige ist, bezweifle ich. Ob dies ausreicht, Unternehmen hier zu halten, dahinter sind Fragezeichen zu setzen. Hinzukommt, dass die Schwalbacher Senkung im Gegenzug von unserem Nachbarn aus Eschborn sofort unterboten wird.

Die Nachbarkommunen in einen ruinösen Wettbewerb um den niedrigsten Hebesatz (Eschborn senkt seinen Hebesatz von 300 auf 280 Punkte) zu treiben, spricht nicht für verantwortungsvolle gute nachbarschaftliche Kooperation. Unsere Zusage, der Stadt Eschborn unsere Zustimmung zum geplanten Sportpark zu geben, ist unter diesen Umständen in Frage zu stellen.

Nicht uninteressant ist die Tatsache, dass die mindestens seit 1983 bestehende Differenz im Hebesatz zwischen Eschborn und Schwalbach (1983: 300 zu 350/also 50 Punkte und später ab 2002 (300 zu 375 Punkte) Unternehmen nicht daran gehindert hat, in Schwalbach anzusiedeln. Um die alte Differenz herzustellen müsste Schwalbach seinen Hebesatz von jetzt 375 Punkte sogar um 45 Punkte senken. Die letzten 20 Jahre zeigen aber, dass die Gewerbesteuer nicht das wesentliche Argument für ein Unternehmen ist, sich hier anzusiedeln.

Angesichts des Verschuldungsgrades der Stadt Schwalbach wäre eine Ankündigung der Gewerbesteuersenkung zum Haushaltsjahr 2008/2009 sinnvoller gewesen.

Die nun verlorenen Einnahmen 1,5 Millionen bzw. 3 Millionen hätte der Stadtsäckel sehr gut gebrauchen können. Sie tragen für die Mindereinnahmen die Verantwortung. Ihnen kommt allerdings entgegen, dass sich die wirtschaftliche Situation in Deutschland am bessern ist,

sodass die Einnahmeverluste durch die Gewerbesteuersenkung überdeckt werden durch die generelle Zunahme der Gewerbesteuereinnahmen.

Ich teile ihre Aussage, Herr Seel, dass wir für eine erfolgreiche Gewerbeansiedlung für die Unternehmen attraktiv sein müssen. Dazu gehört aber mehr als nur die Senkung der Gewerbesteuer. Im Gegensatz zu ihren Parteifreunden und ihrer Koalition stand die UL-Fraktion schon immer hinter dem Bau der S-Bahnstation und endlich rücken wir durch die Einstellung der Mittel für den S-Bahnhaltepunkt „Schwalbach Nord“ der Realisierung ein Stückchen näher. Seit mehr als 10 Jahren fordert die UL diesen Haltepunkt zur Entlastung des Autoverkehrs und der Umwelt. An diesem Beispiel bewahrheitet sich mal wieder der Satz „Politik ist das Bohren dicker Bretter“.

Prestigeobjekte in Schwalbach?

Sie bekommen auch unsere Zustimmung, wenn es gilt „durch Investitionen die Attraktivität der Stadt zu erhalten, zu optimieren und partiell auch auszubauen“.

Völlig unverständlich ist daher, Herr Seel, ihre nicht näher erläuterte Aussage, „es kann und darf nicht Jahr für Jahr in neue Prestigeobjekte investiert werden“.

Eine sehr nebulöse Aussage. Welche Projekte meinen Sie? Etwa das Bürgerbüro, die Bücherei, der S-Bahnhof oder das Torbogenhaus „Mutter Kraus“, der Ankauf des Atriums, das Projekt „Jugend und Wohnen“, der Bau der Altenpflegeeinrichtung, die Sanierung des Bürgerhauses? Es ist politisch unverantwortlich, sich hier hinzustellen und von Prestigeobjekten zu reden, (...)

Natürlich, die obigen Projekte sind und waren in ihrer Partei, der CDU, umstritten; so konnten sich ihre Parteifreunde mehrheitlich ja lange nicht mit dem Bau der Altenpflegeeinrichtung anfreunden, aber dies ist doch kein Grund, die erfolgten Investitionen und damit die Projekte schlecht zu reden.

All diese Projekte waren erforderlich und haben die Lebensqualität in Schwalbach erheblich gesteigert. Selbst die anfangs heftig diskutierte Sanierung des S-Bahnhofes wird mittlerweile als Pluspunkt gesehen, um den uns die Nachbargemeinden beneiden. Herr Seel, bitte klären Sie die Bürgerinnen und Bürger Schwalbachs darüber auf, bei welchen Objekten es sich ihrer Meinung nach um Prestigeobjekte handelt und welche zukünftigen Projekte sie als Prestigeprojekte nicht weiter verfolgt wollen.

Hallenbad

Für die UL ist das Hallenbad eine pure Notwendigkeit für Schwalbach. Wir brauchen das Hallenbad für die Schulen, die Vereine und die Bürgerinnen und Bürger, die es sich nicht leisten können, regelmäßig in die Therme zu fahren.

Allerdings stimmen mich die Aussagen des Bürgermeisters und auch die der neuen Koalition bedenklich, ob wir tatsächlich beim Hallenbad noch an einem Strang ziehen, wenn sie sagen, dass Schwalbach das Hallenbad nicht alleine stemmen kann.

Sie müssen, Herr Bürgermeister, nicht erst hinterfragen, ob Schwalbach für sich „allein ein Hallenbad benötigt oder ob nicht auch eine Lösung zusammen mit den Nachbargemeinden in Betracht kommt“. Für die UL und auch für unsere Partner in der ehemaligen Koalition steht seit Beginn der Hallenbad-Sanierungsdiskussion fest, dass eine Lösung unter Einbeziehung der Nachbarn zu bevorzugen ist. Insofern haben wir damals auch Bürgermeister Faeser massiv unterstützt, z.B. eine Lösung mit der Stadt Bad Soden zu suchen.

Leider hat Bad Soden, obwohl der damalige Bürgermeister Bender, diese Idee mitgetragen hat, abgewunken. Seit dem ist sehr viel Zeit vergangen mit den negativen Folgen für Schulen, Vereine und die Bürger Schwalbachs.

Mit den Nachbarkommunen ist in absehbarer Zeit, d.h im kommenden Jahr zu klären, ob man denn überhaupt gewillt ist, dieses Ziel gemeinsam anzuvizieren. Sollte sich herausstellen, dass dies nicht möglich ist, dann muss Schwalbach dies allein stemmen. Die UL-Fraktion hält an diesem Ziel fest und hofft, dass der Bürgermeister sein „Wahlversprechen“ auch dann hält, wenn Schwalbach alleine bleibt. Sie bekommen dafür unsere Unterstützung und auch bei den anstehenden sinnvollen Sanierungsaufgaben. Unverständlich ist uns daher, warum sie bzw. die Koalition unseren Antrag einen Rücklagefonds für Sanierung und Hallenbad zu bilden und diesen auch mit den Einnahmen aus Grundstücksverkäufen aufzustocken nicht gefolgt sind.

Zusätzliche Mittel für die Kulturkreis GmbH abgelehnt

Abgelehnt hat die Koalition auch unseren Antrag, die Kulturprojektkosten um 25.000 € zu erhöhen. Vor Jahren mussten wir diesen Betrag, unter den schwierigen Finanzbedingungen, streichen und in diesem Jahr wurde, obwohl wir etwas anderes beschlossen hatten, auch bei der Kulturkreis GmbH (8%) gekürzt. Ich habe noch die Rede der Geschäftsführerin der Kulturkreis GmbH im Kopf, die bei der Vorstellung des Wirtschaftsplans 2006 konstatierte, dass mit den 141.600 € (erhalten hat sie dann aber nur 135.000 €) „nur die kulturelle Grundversorgung aufrechterhalten werden kann“.

Sollten weitere Einschnitte folgen hätte dies „auf längere Sicht absehbare Folgen: weniger Besucher, „Sterben“ etablierter Reihen (Kleinkunst ist als Reihe seit Jahren in Schwalbach nicht mehr existent), Zerstörung gewachsener Strukturen und der kulturellen Vielfalt, Imageverlust bis hin zur Reduktion auf eine reine Schlafstadt mit den entsprechenden sozialen Folgen.“ Wir müssen ferner sehen, dass ein wesentliches Element der Schwalbacher Kulturarbeit die ehrenamtliche Mitarbeit ist, und diese aufrechtzuerhalten, ist in den letzten Jahren schwieriger geworden; die Leute die sich engagieren werden immer älter und die mittlere Generation hat keine Zeit. D.h. einiges muss kompensiert werden und dazu ist eben Geld notwendig. Eine Aufstockung um 25.000 Euro wäre ein bescheidener Beitrag zur Verbesserung der Kulturarbeit.

Kultur-Zwangsverband vom Tisch

In den vergangenen Tagen wurde in der Presse das Ergebnis der Mediatoren zur Kulturfinanzierung der Rhein-Main-Region vorgestellt. Erfreulich: es wird keinen Zwangsverband geben. Aber ab 2008 wird sich Schwalbach mit ca. 36.000 € (2,50 x 14400) an der Regionalkultur GmbH zur Finanzierung überregionaler kultureller Projekte und Großereignisse beteiligen müssen. Ob dies dann zu einer Ausweitung des Kulturangebotes führen wird, wird sich zeigen. Auf jeden Fall sind die Horrorpläne des CDU-Ministerpräsidenten vom Tisch (statt 360.000 € zahlt Schwalbach nur 36.000 €).

Sicherheit durch Prävention

Zu der neuen Sicherheitsphilosophie, die sich hinter den verschiedenen Anträgen der neuen Koalition verbirgt, will ich nur soviel sagen: Ein vernünftiges Sicherheitskonzept in Schwalbach muss der Prävention den Vorrang einräumen. Statt Hilfspolizei und Ausweitung der Überwachung öffentlicher Plätze setzt die UL andere Akzente; z.B. durch ein besseres Beleuchtungskonzept für öffentliche Plätze und Fußwege. Leider haben sie unseren Vorschlag

für die Neueinrichtung von Straßen-, Fußweg- und Marktplatzlampen zusätzlich 100.000 € in 2007 zur Verfügung zustellen, abgelehnt. Damit wird zumindest vorerst die Chance vertan, bei der Umgestaltung eines Teils des Limeszentrums ein neues Beleuchtungskonzept auch für den gesamten Marktplatz aufzustellen.

Neben der Einführung des ehrenamtlichen Polizeidienstes wird für einen Hilfspolizisten eine dritte Stelle eingerichtet. Es ist schon verwunderlich, wie locker die Koalition mit dem überraschenden Geldsegen umgeht. Seit Jahren warten wir auf das neue Organisationskonzept des Bürgermeisters. Hier haben sie, Herr Bürgermeister, gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit noch eine Bringschuld einzulösen. Die bisherigen Arbeitsbereiche der Hilfspolizisten einer Analyse zu unterziehen, diese darzustellen und daraus Konsequenzen zu formulieren, wäre eigentlich die Aufgabe des Bürgermeisters und des Magistrates gewesen. Stattdessen erhalten wir einen nicht näher begründeten Antrag auf Schaffung einer dritten Hilfspolizeistelle.

CDU und Grüne setzen Sparkurs nicht fort

Überhaupt, gemessen an den früheren Brandreden der CDU gegen die Haushaltspläne der SPD, FDP und UL-Koalition, wird jetzt sehr, sehr locker mit dem Geld umgegangen. Alle Versuche, mit Sperrvermerken, einzelne Projekte mit erheblicher finanzieller Auswirkung vor ihrer Inangriffnahme noch einmal zu diskutieren und die Kostenvorschläge einer Prüfung zu unterziehen, wurden von der neuen Koalition abgelehnt.

Während zu Zeiten der alten Koalition oft genug über ein paar hundert Euro erbittert gestritten wurde, setzt die neue Koalition neue Duftmarken: da werden mal eben schnell 5.000 € für die so genannten „Energiespartage“ eingesetzt. Das Ziel einer Veranstaltungsreihe zu den Themen „Energiesparen“ und „Umweltfreundliche Stromerzeugung“ stellen wir ja nicht in Abrede. Ich glaube aber, dass sich all dies wesentlich preiswerter organisieren ließe, wenn man ein bisschen genauer nachdenken würde. Dieses Beispiel (und es ist nur eines von vielen im Haushaltsplan) entspricht nicht dem Spargedanken den der Bürgermeister in seiner Rede verfolgt.

Die Kritik von Ulrich Schneider (FDP), dieser Haushaltsplan würde dem früher formulierten Ansprüchen der CDU nicht gerecht werden, ist sehr gut nachzuvollziehen.

Nun rede ich nicht einer ganz engen rigiden Haushaltssparpolitik das Wort. Eine Gemeinde mit unserer Sozialstruktur muss in einer ausgewogenen Weise z.B. in die personalintensiven Sozial- und Kulturbereiche investieren und muss sich auch um die Sanierung und Fortentwicklung öffentlicher Bauten und Projekte kümmern.

Kinderbetreuung

In dem hier vorgelegten Haushalt finden sich, viele Projekte und Positionen der vergangenen Jahre, die wir natürlich weiterhin stützen und die unsere Zustimmung haben. Aber der Haushalt ist in sich nicht ausgewogen, er hält nicht die soziale Balance. Ich sage nicht, er hat schon eine Schiefelage und ich will hier auch nicht für die Zukunft „schwarz malen“, aber an der Situation der Kindertagesstätten wird deutlich, was ich meine.

Die frühere massive CDU-Kritik an dem personalintensiven Kindertagesstättenbereich ist verstummt. Endlich hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass die Familie nicht nur aus dem Vater, dem Alleinernährer und der Mutter, die Haus und Kinder hütet, besteht. Die jetzige Politik, die Bundes- und Landespolitik einbezogen, enthält das Eingeständnis, dass die

Förderung der Kinder nicht allein eine Privatangelegenheit ist, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe, die in vielerlei Hinsicht über die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft entscheidet.

Wir begrüßen es daher sehr, dass mit der Einrichtung von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren eine schon länger bestehende Betreuungslücke nun geschlossen wird. Dass die CDU ihre frühere ideologisch aufgeladene Familienpolitik langsam aufgibt, auch wenn es verspätet kommt, gilt es anzuerkennen. Doch mit der Einrichtung von Betreuungsplätzen und der Einführung der Gebührenfreiheit für das 3. Kindergartenjahr allein ist es nicht getan. Dies reicht nicht aus.

Geschenke für die Unternehmer – Kindertagesstätten gehen leer aus

Es ist notwendig, dass die Kindertagesstätten auch personell so gut ausgestattet werden, dass sie ihrer Aufgabe und den heutigen Erfordernissen gerecht werden können. Dies fängt bei der Erzieherinnenausbildung an und hört bei dem Personalschlüssel auf. Wir verstehen es daher nicht, dass sie unseren Antrag auf die Rückkehr zum „Schwalbacher Standard“ noch nicht einmal in ersten Ansätzen gefolgt sind und diesen mit dem Verweis auf die Finanzen abgelehnt haben.

Hier wird die soziale Balance verletzt. Wenn ich den Unternehmen so großzügige Geschenke mit der Gewerbesteuersenkung machen kann, dann kann ich auch anfangen, die Personalsituation in den Kindergärten wieder zu verbessern.

Mit der Schaffung von Betreuungsplätzen und der Gebührenfreiheit feiert sich die Koalition selbst über Gebühr und tut dies dazu noch in Abgrenzung zur bisherigen Politik der SPD-/FDP und UL-Koalition. Dass sie sich feiern, dies wäre nicht weiter erwähnenswert, dass sie aber in ihrer Abgrenzung zur bisherigen Politik alle Leistungen unterschlagen und auch noch argumentieren, bisher sei in Schwalbach eine „familienunfreundliche“ Politik betrieben worden, dies kann so einfach nicht hingenommen werden.

Sie können 2007 unter völlig neuen Rahmenbedingungen Dinge tun, die wir in den letzten Jahren nicht tun konnten. Sie finden, und dies ist ja nicht ihr Verdienst, eine neue positive Entwicklung der städtischen Finanzen vor und sie können auf die Vorgaben aus Wiesbaden zurückgreifen. Sie sollten aber zumindest zur Kenntnis nehmen, dass in den vergangenen 18 Jahren die Stadt Schwalbach im Betreuungsbereich der Kinder sehr viel getan hat:

Verbesserung der Situation in den Kindergärten, mehr Mitsprache für die Eltern, „Schwalbacher Standard“, Neubau des Kindergartens „Badenerstr.“, 100%ige Förderung des neuen evangelischen Kindergartens in der Limesstadt, die beiden Schulkinderhäuser um nur einige Beispiele aufzuzählen. (.....)

Konstruktive Oppositionspolitik

Nicht nur die Diskussion um die Geschäftsordnung, auch die Diskussion im Zusammenhang mit dem Haushalt und unseren Anträgen zeigt, dass CDU und Grüne an Anregungen und Änderungen in der Sache kein Interesse haben. Sie ziehen, unabhängig aller sachlich gerechtfertigten Einwände, ihren Stiefel durch, kaum gebremst durch den Bürgermeister. Lieber Herr Seel, schon mit dem jetzigen Haushalt wird ihr Sparkonzept von der neuen Koalition durchlöchert. Im stillen Kämmerlein werden sie sich noch einmal an die guten Zeiten der SPD, FDP und UL-Koalition erinnern, die sie schon damals in manchen Fällen gegen ihre eigenen Parteifreunde in Schutz genommen hat.

Wie auch immer sich die neue Koalition verhalten wird, sie müssen mit unserer sachlichen Kritik rechnen und wenn sie unsere Überlegungen und Vorschläge meinen ablehnen zu

müssen, dann tun sie es halt. Wir werden uns nicht mehr aufregen. Sie tragen jetzt die politische Verantwortung.

Die UL wird diesem Haushalt, trotz hoher Zustimmung in vielen Einzelpunkten, nicht zustimmen, es fehlt die soziale Balance.“

Wir wünschen allen Bürgerinnen und Bürgern ein gutes neues Jahr, Mut und Engagement, Probleme anzufassen. Unabhängige Liste Schwalbach - UL